

GrünKom - Verband bündnisgrüner kommunaler Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte Deutschlands e.V.

Der Verband bündnisgrüner kommunaler Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte Deutschlands e.V. wählte 2007 in Berlin seinen neuen Vorstand. Bundesvorsitzender wurde der Stuttgarter Bürgermeister Klaus-Peter Murawski, sein Stellvertreter ist der Freiburger Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon. Zum Schatzmeister wählten die Mitglieder den Münchner Bürgermeister Hep Monatzeder. Als Beisitzer gehören dem Vorstand die Bürgermeisterin von Frankfurt am Main Jutta Ebeling, die Kölner Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Marlies Bredehorst und der frühere Kasseler Sozialdezernent, Volker Schäfer an. Im Verband GrünKom sind Bürgermeister, Dezernenten und Beigeordnete aus dem ganzen Bundesgebiet organisiert. Er wurde 1999 gegründet, um den in kommunaler Exekutivverantwortung stehenden grünen Mitgliedern eine eigene Plattform zu geben, von der aus sie sich an bundesweit relevanten Diskussionen wie z. B. der Reform der Gemeindefinanzierung beteiligen können. GrünKom setzte sich zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung für die Revitalisierung der Gewerbesteuer durch Verbreiterung der Basis durch Einbeziehung aller Freiberufler und Selbstständigen ein. Immerhin führten die politischen Auseinandersetzungen zu einem Ergebnis, das man im Sinne von GrünKom als Revitalisierung der Gewerbesteuer ansehen kann. Aktuell hat GrünKom als erste politische Organisation das Problem des Verkaufs ordentlich bedienter Immobilienkredite an internationale Finanzunternehmen durch die deutschen Hausbanken aufgegriffen. Aus der Kenntnis Vorort wussten die grünen Bürgermeister, dass zahlreiche Häuslebesitzer, Handwerker und Freiberufler, die zur Sicherung ihrer Kredite Haus- und Grundbesitz hinterlegt haben, durch den Verkauf ihrer Kredite ohne ihr Wissen und ohne Ihre Zustimmung in die Zwangsversteigerung weit unter Wert der Objekte und damit in ein nicht heilbares, lebenslanges Finanzdesaster getrieben werden. Aufgrund dieser Initiative engagierte sich die bündnisgrüne Bundestagsfraktion erfolgreich gegen diese Kreditverkäufe und erreichte eine Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags, in der führende Experten ihre Befürchtungen bestätigten. Selbst der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes Haasis hat sich mittlerweile öffentlich gegen diese Spekulationen ausgesprochen. Bundestagsfraktion und GrünKom fordern, dass die Kreditnehmer vor geplanten Verkäufen zu informieren sind und einverstanden sein müssen. Wenn das nicht der Fall ist, muss den Kunden ein Sonderkündigungsrecht ohne Vorfälligkeitsentschädigung eingeräumt werden. Nur so kann verhindert werden, dass willkürlich erzwungene Zwangsversteigerungen und in deren Folge Existenzvernichtungen in Deutschland zum Massenphänomen werden. Eine weitere Forderung von GrünKom ist die volle Übertragung der Aufgaben der Job-Center auf die Kommunen. Die so genannten Optionsgemeinden, die das Arbeitslosengeld selbst auszahlen und sich um die berufliche Wiedereingliederung der Menschen aus örtlicher Kompetenz kümmern, haben einen wesentlich größeren Erfolg bei der Vermittlung von Arbeitslosen als die Job-Center. Allerdings muss auch hier die volle Kostenerstattung durch den Bund gewährleistet sein. Im Rahmen der Föderalismusreform setzt sich GrünKom dafür ein, dass das Konnexitätsprinzip auch bei der Erweiterung bestehender Aufgaben gilt. Die derzeitige Auffassung der Bundesregierung, dass Veränderungen bestehender Regelungen nicht unter die Konnexität fallen würden, engt die Anwendung des Prinzips "wer anschafft, zahlt" unzumutbar ein. Außerdem sollte der Bundesgesetzgeber die finanzielle Garantie der kommunalen Selbstverwaltung, in das Grundgesetz aufnehmen, wie es das Bundesverfassungsgericht gefordert hat. Es darf nicht möglich sein, dass Länder ein im Grundgesetz des Bundes garantiertes Verfassungsrecht durch das finanzielle Ausbluten der Kommunen de facto einschränken und im schlimmsten Fall abschaffen können.